Der Oberbürgermeister

I/01-011-12-11-sc

Dezernat/Fachbereich/AZ

08.01.15

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III	29.01.2015	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Einrichtung einer Radfahrspur in der Fußgängerzone Schlebusch

- Bürgerantrag vom 09.12.14
- Stellungnahme der Verwaltung vom 22.12.14

660 FB-T-sch
Reinhard Schmitz
☎ 66 10

22.12.14

01

- über Frau Beigeordnete Deppe
- über Herrn Oberbürgermeister Buchhorn

gez. Deppe
gez. Buchhorn

Einrichtung einer Radfahrspur in der Fußgängerzone Schlebusch

- Bürgerantrag vom 09.12.2014

Durch Beschlüsse der politischen Gremien wurde das Radfahren in der Fußgängerzone Schlebusch seit ihrer Eröffnung Mitte der 90er Jahre freigegeben und entsprechend ausgeschildert. Um auf die Vernunft, Einsicht und auf das verantwortungsvolle Verhalten als Verkehrsteilnehmer zu appellieren, wurden zusätzlich zu der StVO-Beschilderung die plakativen Hinweisschilder „Partner nehmen Rücksicht“ aufgestellt, die vor allem auf den respektvollen Umgang zwischen Fußgänger und Radfahrer abzielen.

Dass dieses Konzept aufgeht, wird auch durch die Aussage der Polizei Leverkusen bestätigt: Im Zeitraum von 2010 bis heute wurde durch die Polizei lediglich 1 Unfall zwischen Fußgängern und Radfahrern aufgenommen. Eine Aufhebung der derzeitigen Regelung und das Einrichten einer Radfahrspur lassen sich aufgrund dieser Zahlen nicht begründen.

Durch das Einrichten einer Radspur wird den Verkehrsteilnehmer signalisiert, dass einerseits der Radfahrer nur auf diesem markierten Streifen fahren darf und andererseits, dass er auf diesem Vorrang und Vorfahrt vor den anderen Verkehrsteilnehmer, i. d. R. den querenden Fußgängern, besitzt; dieses Recht wird er auch einfordern wollen, so dass es zu erheblichen Konfliktsituationen kommen wird. Somit würde allerdings das bisher funktionierende Konzept des partnerschaftlichen und rücksichtsvollen Verhaltens zwischen Fußgängern und Radfahrern empfindlich gestört werden.

Aus o. g. Gründen wird von Seiten der Verwaltung der Bürgerantrag abgelehnt.

gez. Syring